

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zykluspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Hammer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8808.

Ausgabengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vor dem Gewerkschaftskongress

Stuttgart, 10. Juni.

Kürzlich jährte der erste deutsche Gewerkschaftskongress zum dreißigsten Male. Die Erinnerung an jene Tagung heißt an den gewaltigen Wandel denken, der in diesen drei Jahrzehnten, eine Sekunde im Leben einer geschichtlichen Bewegung, vor sich gegangen ist. Ein Wandel in der zahlenmäßigen und geistigen Beschaffenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es waren damals, in Halberstadt, 303 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, die sich auf fünf Duzend Organisationen, in Zentralverbände und Ortsvereine verteilten. Das sie umschlingende Band, die *Generalkommission*, war noch von recht fragwürdiger Dauerhaftigkeit. Die Frage, ob der Gewerkschaftsbewegung ein Eigenleben neben der Partei zuzuerkennen sei, wurde noch vielerorts leidenschaftlich erörtert. Außerdem hatte in den Kollegentreifen selbst die Daseinsberechtigung der Gewerkschaftsorganisation eine große Zukunft haben, meinte zu Halberstadt ein nicht gerade beliebiger Abgeordneter von Berlin. Und aus den Reden der Vertreter der Metallarbeiter, denen einige Zeit vorher zu Frankfurt a. M. der Kühne Zug mit dem *Industrieverband* gegliedert, klang leise die Befürchtung, ob ihre über die enge Gegenwart hinausstrebende Organisationsform Anerkennung finde. Dem *Industrieverband* stand man damals, wenn auch nicht allerbüchsig, noch mit tätiger Abneigung oder Verständnislosigkeit gegenüber. Darin hat sich seitdem gewiß vieles geändert, aber zu wünschen bleibt immer noch sehr viel übrig.

Indessen, das Kleinlein, das sich 1892 zu Halberstadt ins Leben taffete, ist den düsteren Voraussagungen zum Trotz zu einem Riesensimporgewachsen; er überträgt heute alle seine Brüder der internationalen Gewerkschaftsfamilie an Wuchs, Kraft und Lebensbetätigung. Besonders in den letzten drei Jahre ist er, von dem belebenden Hauch einer Windbraut begünstigt, über alle Massen prächtig emporgeschossen. Die Ausdehnung seines Körpers geschah demnach schnell, daß nicht wenige um seine innerorganische und geistige Entwicklung bangen. Die Bedenken sind gewiß nicht von der Hand zu weisen, vor allem nicht in der Hinsicht, daß das körperliche Wachstum von keiner entsprechenden Kraftzunahme begleitet sei. Diese Meinung wird nicht wenig gestärkt durch den Hinweis auf die Entwicklung des kapitalistischen Gegners.

Alles ist nur ein Gleichnis. Bei der Beurteilung des Wachstums der Gewerkschaftsbewegung darf das Wachstum der Unternehmerorganisation, des Kapitalismus überhaupt, nicht außer acht gelassen werden. Geschieht dies, dann kann man bei aller Freude über die Frucht der gewerkschaftlichen Entwicklung nicht umhin, zu gestehen, daß sie noch zghreicher, noch stärker sein könnte, nein, müßte. Auch schon ein oberflächlicher Vergleich des einstigen und heutigen Kräfteverhältnisses zwischen Gewerkschaftsbewegung und Unternehmerwertum läßt erkennen, auf welcher Seite der größere Machtzuwachs ist. Die proletarische Organisation ist mächtig emporgediehen, aber noch mächtiger ihr Feind. Wie viel größer dessen Macht heute ist, beweisen die jüngsten Kämpfe in der Metallindustrie, ganz zu schweigen von den vielen anderen Beispielen, die die Konzernbildung, Steuer-gesetzgebung und die Korruptionierung der öffentlichen Meinung durch die Presse liefern.

Diesen Stand der Dinge in Besseres zu wandeln, hat die oberste Aufgabe des Leipziger Gewerkschaftskongresses, der vom 19. bis 24. Juni stattfindet, zu sein. Unter den neun Punkten seiner Tagesordnung sind es besonders der dritte, vierte und fünfte (Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung, Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsrate), die Gelegenheit zur Aufrüstung der Bewegung geben.

Unter der schier erdrückenden Fülle von Anträgen, die dem Kongress gestellt, nehmen die einen breiten Raum ein, die auf die Umwandlung des organisatorischen Gefüges der Gewerkschaftsbewegung abzielen. Diese Anträge laufen in zwei Richtungen, wovon die eine auf Eingliederung kleiner Vereinigungen in große, auf die Schaffung mächtiger *Industrieverbände* zugeht, während die andere auf nichts weniger abzielt, als auf die „*Einheitsorganisation mit einheitlichen Beiträgen, Unterstützungen, Mitgliedsbüchern und Satzungen*“ für alle Berufe, Gegenden, Geschlechter und Alter. Da die zahlreichen Verlangen nach solcher Einheitlichkeit eine auffällig einheitliche Fassung haben, möchte man annehmen, sie seien mehr einem fremden Generalanstoß als eigenem Überlegen zu verdanken. Der Wunsch nach derartiger Einheitlichkeit stand schon von aller Anfang an im Leitfaden vieler Gewerkschafter. Die Erfüllung hätte sicherlich sehr erhebliche Vorteile, großen Gewinn an Kraft, Geld und Zeit gebracht. Leider hat dem die

harte Wirklichkeit oder organisatorische Notwendigkeit, zuweilen auch menschlicher Unverstand entgegengestanden. Die Gewerkschaftsbewegung hat das mit jedem Organismus gemein, daß, je entwickelter er wird, desto zahlreicher, vielfältiger seine Lebensnotwendigkeiten und Betätigungen werden und damit auch die Formen, also in diesem Falle auch die Beiträge, Leistungen, Statuten usw. Das ist die Wahrheit, aber nicht die ganze.

Wenn nun auch die — stetig noch zunehmende — Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens mit seinen unterschiedlichen Berufsbedürfnissen, Löhnen, Bestrebungen nicht gerade für eine *innerorganisatorische Einheitlichkeit*, wie sie in den Anträgen gefordert, spricht, so soll damit beileibe nicht gesagt sein, daß nicht eine größere Einheitlichkeit, eine Vereinfachung der äußeren Organisationsform vorzuziehen und möglich wäre; mit anderen Worten, daß mit der Durchführung des *Industrieverbandes* nun endlich ernst gemacht werden muß. Für die noch weitere Beibehaltung der *Zwergverbände*, der Überreste aus der kapitalistischen Steinzeit, ist ein vernünftiger Grund nicht zu finden, es sei denn der, daß sie eben noch da sind. Sie lassen sich bei einigem guten Willen leicht in die großen Verbände eingliedern, wodurch für ihre Mitglieder nicht nur kein Schaden, sondern ein sehr erheblicher Nutzen entsteht. Noch mehr. Mit dem Aufgehen der kleinen Gewerkschaften in die großen wird die Gewerkschaftsorganisation übersichtlicher, einfacher, billiger, mächtiger, werden unzählige Möglichkeiten der Reibung, der Mißstimmung, der Vergeudung von Kraft und Zeit unterbunden. Der beträchtliche Gewinn von Kampfeslust und Kampfesmitteln kommt der Gesamtheit der Gewerkschaftsgegnossen zugute.

Aber all das ist schon tausendmal und viel eindringlicher als hier dargelegt worden, leider mit sehr ungenügendem Erfolg, wie die noch immer viel zu hohe Zahl von kleinen Verbänden bezeugt. Der Drang nach Verminderung, nach Beseitigung der überaus kostspieligen Wirklichkeit ist, gottlob, beträchtlich gewachsen. Ihm entspringt die reiche Fülle von Anträgen auf Schaffung von *Industrieverbänden* auf der ganzen Linie und wohl auch jene (über das Ziel hinausgeschießenden) Anträge auf innerorganische Einheitlichkeit, auf Schematisierung. Es steht zu erwarten, daß sich die Befürworter der beiden Arten von Anträgen für die Erreichung des näheren, des praktischen Zieles, des *Industrieverbandes*, verbinden.

Die Abgrenzung der Verbände dürfte, wie eine vielfältige Erfahrung lehrt, die Redelust in wilde Bewegung bringen. Die Grenzlinien laufen heute vielfach durcheinander, wodurch so unendlich viel Streitigkeiten hervorgerufen wurden. Die von Ordnungssinn bewegte Hand wird auf scharfen Widerstand stoßen; sie hätte geschäftlich Gewordenes oder durch hohes Alter Geheiltes zu beseitigen, was bekanntlich schwerer ist, als Neues zu schaffen. Dem gewerkschaftlichen Gemeinschaftssinn wird es wenig darauf ankommen, daß die Grenzlinie mehr rechts oder links gezogen wird, um so mehr aber darauf, daß sie eine Festlegung erhält, die höchste *Rasentaktung* verspricht. Wird nach diesem Gesichtspunkte verfahren, und einen besseren dürfte es schwerlich geben, dann kann die Lösung der Frage nicht schwierig sein. Dieser Gesichtspunkt verlangt, daß alle Arbeiter, die sich einem Unternehmer oder einer Unternehmergruppe kämpfend gegenüber befinden können, in *einen* Verband einzureihen sind. Dadurch werden alle die Arbeiter, welche gemeinsam einen Angriff zu gewärtigen haben, in *eine* gemeinsame Front gestellt, sie sind zu einer Organisation von höchstmöglicher *Ebenbüdigkeit* vereinigt, der einheitlich organisierte und ebenso handelnde Gegner steht sich einer einheitlich organisierten und ebenso zum Handeln befähigten Arbeiterschaft gegenüber.

Eine hohe Zahl von Anträgen betrifft die bekannten *zehn Punkte* des Gewerkschaftsbundes. Sie hängen meist in den Vorwurf gegen den Bundesvorstand aus, daß er für seine Forderungen wenig getan habe und verlangen, daß er das ganze Gewicht der Gewerkschaftsbewegung für die Durchführung einsetze. Wie immer man die Beweggründe der Antragsteller bewerten mag, es spricht aus ihnen ein erfreuliches Vertrauen in die Kraft des Gewerkschaftsbundes, das nicht enttäuscht werden sollte. Der Bundesvorstand wird gewichtige Gründe für sein Verhalten in dieser Sache anführen müssen, will er die Menge der Kritiker befriedigen. Für zahlreiche Arbeiterhaufen ist der Gewerkschaftsbund auch in politischen Dingen der Hoffnungsträger geworden, ein Verhältnis, das beide Seiten ehrt. Zur Vertiefung dieses Verhältnisses wird der Leipziger Kongress der Gelegenheiten in Fülle bringen, daß sie dort von *allen* Seiten benutzt werden mögen, ist unser aufrichtiger Wunsch.

Anderere Zeiten, andere Menschen!

Wenn man einem mit der Gedankenwelt des Sozialismus noch nicht vertrauten Menschen die sozialistischen Forderungen und Ziele schildert und auseinandersetzt, wie man sich die Verwirklichung der neuen Wirtschaft und Gesellschaft denkt, bekommt man gewöhnlich den Einwurf zu hören, der Sozialismus sei ein schöner Traum, der aber niemals verwirklicht werden könne. Und wenn man fragt, warum die Verwirklichung unmöglich sei, so wird geantwortet, daß die Menschen nicht dafür paßten und daß der Sozialismus in der Praxis scheitern müsse, weil die Menschen ungeeignet seien, eine solche neue Wirtschaft und Gesellschaft ins Leben zu rufen und darin zu arbeiten. Die Menschen seien eben selbstständig und lediglich auf die Förderung ihres eigenen Interesses bedacht, Gemeinfinn und Solidarismus würden erlöst durch Selbstsucht und Erwerbssücht, und was das schlimmste sei, die Menschen würden sich niemals ändern, sondern in ihrem Kern immer das bleiben, was sie gewesen seien. Eine innere Umwandlung der Menschen sei ausgeschlossen und trotz äußerer Veränderungen, die wohl möglich seien, werde es niemals Sozialisten in beträchtlicher Anzahl geben. Ein paar weiße Raben, so heißt es weiter, könnten nichts daran ändern, die große Masse der Menschen sei nicht reif für den Sozialismus und werde auch niemals dafür reif werden.

Dieser Einwurf — es ist der einzige, den man gegen den Sozialismus erheben kann — wird durch die Erfahrung und die Geschichte widerlegt. Es ist nicht wahr, daß die Menschen ewig dieselben bleiben, im Gegenteil, ihr Fühlen und Denken, Wollen und Handeln verändert sich fortwährend unter dem Einfluß der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Menschen und Verhältnisse stehen in einer gegenseitigen, ununterbrochenen Wechselwirkung, sie beeinflussen einander und formen sich gegenseitig um. Andere Menschen schaffen andere Verhältnisse und andere Verhältnisse schaffen andere Menschen. Zweifellos sind die heutigen kapitalistisch verfaßten Menschen, die obendrein noch durch den Krieg, seine Begleit- und Folgeerscheinungen, wie Hunger, Schiebererei und Schlemmerei, sowie durch die Zerrüttung unseres ganzen wirtschaftlichen und sozialen Lebens verderben worden sind, zum Aufbau und zur Durchführung einer sozialistischen Ordnung nicht besonders geeignet, und es wäre Demagogie schlimmster Sorte, wollte man sie für reif erklären. Daraus folgt aber noch lange nicht, daß sie ewig ungeeignet bleiben werden und daß es unmöglich sei, sie dafür reif zu machen. Wenn es eine Tatsache ist — und wir werden sie beweisen —, daß die Menschen früherer Zeit, die unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen gelebt haben, andere Menschen gewesen sind als wir, so folgt daraus, daß auch die späteren Menschen, die unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen leben werden, andere Menschen sein werden als wir Gegenwartsmenschen.

Wie aus den Schilderungen der Geschichtsschreiber des Altertums hervorgeht, hatte der Gedanke einer Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Menschen in der damaligen auf der Sklaverei aufgebauten Wirtschaft noch keinen Platz. Die Sklaven waren besitzlos und rechtlos, sie waren der Willkür ihrer Herren willenlos und widerstandslos ausgeliefert, sie waren weiter nichts als sprechende Tiere. Selbst die geistig und sittlich hochstehenden Menschen konnten sich nicht dazu aufschwingen, in den Sklaven Menschen zu erblicken und ihnen ein Recht einzuräumen auf Freiheit und Menschenwürde. Menschenliebe und Solidarismus beschränkten sich auf den engen Kreis der Stammes- und Klassen-genossen, alle anderen Menschen galten als Feinde, die man in der rücksichtslosesten, grausamsten Weise bekämpfte. An die Möglichkeit einer Beseitigung der Sklaverei dachte und glaubte damals kein Mensch, die Sklavenwirtschaft galt eben als eine unabänderliche, von den Göttern geschaffene Weltordnung, und wer sie angriff, war ein Unfützler und Verbrecher.

Im Mittelalter verschwand die Sklaverei allmählich, weil sich herausgestellt hatte, daß die Sklavenarbeit unrentabel war. Die Sklaven arbeiteten ohne Interesse und darum gleichgültig und nachlässig, so daß hochwertige Leistungen, wie sie die freie Arbeit hervorbringt, ausgeschlossen waren. An die Stelle der Sklavenwirtschaft trat die mittelalterliche Feudalwirtschaft und die Kleingewerbliche, handwerksmäßige Betriebsweise. Die Großgrundbesitzer gaben ihr Land oder Teile davon den Bauern zu Lehen, das heißt leihweise auf Frist oder Lebenszeit, und ließen sich dafür Abgaben und Frondienste leisten. Die Bauern waren nicht mehr unfrei und rechtlos wie die Sklaven, sie waren halbfrei und hatten gewisse Rechte, man nannte sie Hörige, weil ihr Land den Grundherren gehörte und weil sie selbst auf die Befehle ihres Herrn hören mußten. Es bildete sich ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Grundherren und Bauern, letztere waren den ersteren Ehrfurcht, Liebe, Dankbarkeit und Gehorsam schuldig, wie Kinder ihren Eltern, erstere hatten die Pflicht, die letzteren gegen Angriffe und Schädigungen zu schützen. Die Grundherren betrieben das Kriegshandwerk, die Bauern lieferten ihnen die nötigen Lebensmittel und beide standen sich gut dabei. Dies Verhältnis wurde erst anders, als die kapitalistische Geldwirtschaft ihre Schatten vorauswarf und die mittelalterliche Naturalwirtschaft zu verdrängen begann. Jetzt erwarbte in den Grundherren die Gier, mehr zu bekommen und mehr zu haben, und es setzte die Bedrückung und Ausbeutung der Bauern durch die Grundherren ein. Dagegen empörten sich die Bauern und sie, die von jeher das konservative, ruhige Element waren in der Gesellschaft, wurden blutdürstige Revolutionäre, die die Herren mit Krieg überzogen und die größten Greuelthaten verübten. Zwischen Grundherren und Bauern hatte sich ein Haß entwickelt, der in beiden Stämmen zum Himmel loderte und das deutsche Land

WELTSCHAU

Unternehmerpolitik in Amerika

Von John P. Frey,
Schriftleiter des International Molders' Journal.

So richtig wie es ist, daß die Grundursachen, die in den verschiedenen Ländern die wirtschaftlichen Probleme erzeugen, die gleichen sind, so richtig ist es, daß jedem Land durch geographische und sonstige Ursachen noch besondere Probleme gestellt werden, wofür die Arbeiter eine Lösung zu suchen haben. Dies ist nach dem Kriege ebenso wahr wie vorher. Die Vereinigten Staaten haben in ihrer Unabhängigkeitserklärung und der Bundesverfassung als auch in andern Einrichtungen und Überlieferungen ebenso gesunde Grundsätze der menschlichen Gerechtigkeit und der Rechtsgleichheit als Menschen andernwärts. Nach ihrer Verfassung und ihren Gesetzen dürften es in der Union Klassenunterscheidungen nicht geben, dessen ungeachtet mißachteten viele der allmächtigsten Unternehmer jene Grundsätze.

Vor dem Kriege gab es eine ziemlich lebhaftere Bewegung für die offene Werkstatt. (Offene Werkstatt beliebt der Unternehmerjargon jene Werkstatt zu nennen, die allen Arbeitern, den organisierten wie unorganisierten gleichmäßig offensteht. In der Theorie wenigstens. In der Praxis indes ist die offene Werkstatt der Platz der nichtorganisierten, schlechtest bezahlten Leute. Die offene Werkstatt ist für den Gewerkschaftler nur offen zum Hinauswurf, nicht zum Hineinkommen. (Schriftleitung.) Die offene Werkstatt hat den Zweck, unter der Belegschaft die Unwesenheit eines organisierten Mannes zu verhindern. Um die Bewegung erfolgreich zu machen, wurden Privatpolizisten und Spione in beträchtlicher Zahl verwendet. Viele von diesen Nichtgenossen wurden Beamte gewerkschaftlicher Ortsgruppen. Das Ergebnis war die Entlassung von tätigen Gewerkschaftlern, ihre Namen gingen von Unternehmer zu Unternehmer, jedoch sie keine Anstellung mehr in dem Bezirk finden konnten. Um einen Platz zu erhalten, mußten sich Arbeiter bei ihrer Einstellung verpflichten, aus der Gewerkschaft auszutreten und während ihrer Anstellung keiner Gewerkschaft beizutreten oder an einer Lohnbewegung teilzunehmen.

Die riesigen Profite, die die Unternehmer durch das Kriegsgeschäft gemacht haben, gestatteten ihnen, große Summen für die Durchführung der offenen Werkstatt bereitzustellen. Aber weil die so benannte Bewegung in der Öffentlichkeit übel beleumundet ist, wurde sie der „Amerikanische Plan“ getauft. In einigen Staaten sprangen die Gerichte dem Unternehmertum bei. Ein Beispiel aus dem Staate Massachusetts wird das Verfahren beleuchten.

Die United Shoe Machinery Company, eine Gesellschaft, die das vollständige Monopol für Herstellung aller Maschinen für die Schuhfabrikation hat, beschloß, ihre Fabrik zu unterwerfen. Um seine Mitglieder vor dem Zwang zu bewahren, Einzelverträge mit der Gesellschaft abzuschließen, erklärte der Maschinenbauer-Verband den Streik. Ein Gericht (Court of Equity) erließ einen Inhaltsbefehl, der den Maschinenbauern das Streikverbot und ihrem Hauptvorstand die Auszahlung der Streikunterstützung verbot. Als der Fall vor der Berufungsinstanz, dem höchsten Gerichtshof des Staates kam, wurde der Inhaltsbefehl bestätigt. Demnach hängt im Staate Massachusetts, in der Rechtstheorie wenigstens, die gewerkschaftliche Mitgliedschaft von der Zustimmung des Unternehmers, nicht von dem Wunsche des Lohnarbeiters ab.

Der sogenannte Amerikanische Plan liegt auch dem jetzigen Kohlenarbeiterstreik zugrunde. Seit einer Reihe von Jahren bestanden zwischen den Minenbesitzern und dem Bergarbeiter-Verband Jahresabkommen. Während des Krieges kam unter dem Druck der Regierung das letzte Abkommen zustande, das am 1. April d. J. abließ. Das Abkommen enthielt eine Bestimmung, die bestimmte, daß Bergherren und Bergleute 30 Tage vor dem 1. April 1922 zusammenzukommen hätten, um über ein neues Abkommen zu verhandeln. Die schlimme Geschäftsflaute im Jahre 1921 mit der großen Arbeitslosigkeit unter den Kohlengräbern und den anderen Berufen, als auch die Tatsache, daß der Bergarbeiter-Verband in kostspieligen von den Minenbesitzern erzwungenen Prozessen verwickelt war, brachte anscheinend die Besenbesitzer zu dem Glauben, daß sie jetzt stark genug seien, den Bergarbeiter-Verband zu zerstören und den sogenannten Amerikanischen Plan in den Bergbau einzuführen. In völliger Mißachtung des Abkommens, in dem sie selbst durch Unterchristen erklärt hatten, daß sie 30 Tage vor Ablauf des Vertrags zur gemeinschaftlichen Verhandlung zusammenkommen wollten, wählten sie sich nun öffentlich, mit den Bergleuten zu verhandeln. Außerdem erklärten sie, daß sie mit den Bergleuten den Vertragsverhältnis wieder eingehen wollten.

Nach nur kurzen Jahren erhielt die Gewerkschaftsbewegung, wenn überhaupt, nur wenig Aufmerksamkeit von der Kirche. Die Kirchenmacht, ohne Zweifel von der nämlichen Erwägung beunruhigt, die den Priestern so oft blind macht, waren neutral oder in offenem Widerstand gegen die Gewerkschaftsbewegung. Sie war die Verteidigerin des Unternehmertums. Sie predigte dem Lohnarbeiter Geduld und lenkte seine Aufmerksamkeit auf

seine Belohnung, die er nach dem Tode erhalten werde. Ein sehr bemerkenswerter Wandel hat sich neuerdings in der Stellung der Kirche vollzogen, und die Entwicklung dieses Wandels läuft parallel mit dem Wachstum der Bewegung für den amerikanischen Plan. Innerhalb der letzten zwölf Monate haben die führenden Vertreter der römisch-katholischen Priesterchaft Nordamerikas mit den Vertretern der protestantischen Bekenntnisse eine öffentliche Erklärung verfaßt, worin die offene Werkstatt oder der amerikanische Plan als ungesund, unwirtschaftlich, unchristlich und unamerikanisch verdammt wird. Gleichzeitig haben sie der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es nur eine Möglichkeit gebe, an die industrielle Frage mit Erfolgsaussicht auf Regelung heranzukommen, und das sei durch Abkommen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer.

Als kürzlich die christlichen Kirchen darangingen, sich zu dem zu bekennen, was die Gewerkschaftsbewegung strebt zu erfüllen, wurde der Versuch unternommen, sie dafür büßen zu lassen. Reiche Leute wurden von ihren Vereinigungen angewiesen, mit den Spenden für die Kirche aufzuhören. Diese Machenschaft hatte vor allem die Wirkung, den kirchlichen Würdenträgern die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Frage erst eigentlich recht verständlich zu machen und bestimmte sie, die ungerechte Haltung des Unternehmertums heftiger als je anzugreifen. Aus diesem Gegensatz entsproß eine überaus eindrucksvolle Darlegung der schlimmen Zustände in der Stahl- und Kohlenindustrie, die unter der Leitung führender Kirchenmänner beider christlicher Bekenntnisse vorgekommen worden ist.

Die Bestrebung, die Gewerkschaften zu zerstören oder zu schwächen, ist nicht ohne Wirkung geblieben. In verschiedenen Orten wurden Mitgliederverluste gebucht. Die Sorge um die Familie ließ es den Leuten ratlos erscheinen, die Mitgliedschaft aufzugeben. Indes, bei einer Betrachtung der Gesamtbewegung, fühlt man sich berechtigt zu sagen, daß, obwohl die Gewerkschaftsbewegung zahlenmäßig geschädigt worden ist, sie mehr gewonnen als verloren hat, nicht indem Mitglieder gewonnen wurden, sondern indem der Mut und die Entschlossenheit des gewerkschaftlichen Kerns gestärkt wurde.

Die Arbeiter der Metallgewerbe kämpfen noch immer gegen die Verschlechterung der Löhne. Kein einziger Beruf ist instand gewesen, die Höhe der Löhne zu erhöhen und der von 1919 bis 1920 zu halten. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß auf der Unternehmenseite das Streben nach Lohnkürzung aufgehört hat. Heute morgen berichten die Zeitungen, daß die Tennessee Eisen- und Stahlkompanie, eine Tochtergesellschaft des Stahltrustes, die Löhne ihrer Erz- und Kohlenarbeiter um 15 und 10 v. H. erhöht hat. Diese Leute sind gütenteils nicht organisiert, was annehmen läßt, daß die Lohnerhöhung auf die Befürchtung zurückzuführen ist, die Leute könnten sich ihren Gewerkschaften anschließen, wenn sie nicht besser bezahlt werden.

Die Ausichten der Gewerkschaften sind heute viel lichter, als vor einem Jahre. Zum ersten nimmt die industrielle Tätigkeit wieder zu, zum andern weisen viele Zeichen darauf hin, daß bei den allgemeinen Wahlen im kommenden November die zurzeit im Kongreß sitzenden Vertreter der Truxis eine fühlbare Niederlage erleiden und fortschrittlich gesinnte Männer an ihre Plätze gestellt werden.

Der Verbandstag der Metallarbeiter Belgiens

In der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Metallarbeiter-Verände marschiert der belgische mit an der Spitze. Der Jahresbericht, den sein Hauptvorstand dem zu Brüssel im Brüsseler Volkshaus stattgehabten Kongreß vorlegte, ist ein beherdes Zeugnis prächtigen Fortschritts. Wie heuer, so fanden sich vor zwanzig Jahren schon die Delegierten immer zu Pfingsten im Brüsseler Volkshaus zusammen. Die damaligen Lagungen waren meist ausgefüllt mit Wortgefechten über eine Beitragserhöhung von einigen Centimes, ob ein besoldeter Sekretär nicht mehr Schaden als Nutzen stifte, ob sich die Zentrale nicht zuviel von der Macht und Selbständigkeit der Bezirksverbände aneigne, oder ob nicht gar durch die Ablieferung von einem halben Centime mehr an die Hauptkasse eine unangenehme Allmacht gezogen werde. Bei der Erinnerung an all diese mit gallischer Leidenschaft durchfachten Kleinigkeiten kann man sich heute eines Lächelns nicht erwehren, muß man sich doppelt über den Fortschritt freuen, der aus jeder Seite des heurigen Berichtes spricht.

Am letzten Jahreschluß standen 158.000 Mitglieder in den Listen des Verbandes, nach der Zahl der geleisteten Beiträge jedoch müßte diese Zahl um 16.000 zu hoch genannt werden. Die in dem Bericht eingefügte graphische Darstellung läßt erkennen, daß der Verband 1920 zahlenmäßig stärker war als 1921. Die Einbuße ist mit der schweren Arbeitslosigkeit zu erklären. An arbeitslose Mitglieder mußten nicht weniger als 23 1/4 Millionen Franken gespendet werden, während die Streiks bloß 4,8 Millionen beanspruchten, wovon übrigens der Bienenanteil — über 3,8 Millionen — auf den Zustand in Dugres-Marchaye (Lüttich) allein kommt. Daneben nimmt sich die Ausgabe für die Verwaltung — 552.000 Franken — recht bescheiden aus.

Auf diesem Kongreß, der am Pfingstamstag begann, war die Eisernen Internationale stärker denn je vertreten. Großpierre, Kaufmann, Ewert, Dismann und Van der Houven überbrachten die

Größe des Schweizerischen, tschechischen, luxemburgischen, deutschen und des holländischen Bruderverbandes. Den ersten wichtigen Punkt der Verhandlung bildete die Schaffung eines besoldeten Vorstandes (Comité Permanent). Bis jetzt hat der Kamerad Solau die Verantwortung der Leitung allein getragen, unterstützt von einem aus unbeforderten Kollegen gebildeten Ausschuss. Diesen Zustand macht die Zunahme der Mitgliedschaft und Geschäfte unhaltbar. Es wird darum beantragt, noch zwei besoldete Sekretäre zum bisherigen hinzuzuwählen, ein Antrag, der in nächtlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Dagegen fand der Vorschlag, fortan zwei hauptberuflich tätige Kassaprüfer der Zentrale beizugeben, nicht den Beifall des Kongresses. Es bleibt bei der bisherigen fünfgliederigen Kontrollkommission, deren Mitglieder von bestimmten Ortsgruppen ernannt werden.

Unangenehme Erfahrungen mit Lohnbewegungen veranlaßte den Sekretär strengere Richtlinien vorzuschlagen. Er verlangte, daß dem Statut beigefügt werde, daß im Falle eines Konfliktes die Streik-Belegschaft sich an der Abstimmung beteiligen und davon mindestens acht Zehntel sich für die Arbeitsniederlegung erklären. Sei diese Bedingung erfüllt, dann könne bei nicht mehr als 2000 Beteiligten nur der Vorstand, bei 5000 der nationale Ausschuss (Beirat), bei mehr als 5000 ein außerordentlicher Verbandstag den Streik erklären. Schließlich einigte man sich dahin, die Mindestzahl der Abstimmenden auf acht Zehntel und die davon für eine Streikklärung notwendige Zahl auf 75 v. H. der Abstimmenden festzusetzen. Im weiteren macht der Kongreß den Vorschlag zu dem seitigen, der ein Kartellverhältnis des Hauptvorstandes mit den Vorständen der Bauarbeiter und andern in den Metallbetrieben statt vertretenden Gewerkschaften verlangt. Viel Zeit nahm die Frage in Anspruch, ob sich der Hauptvorstand für die Erhaltung der paritätischen Ausschüsse einsetzen soll. Der Berichterstatter sprach sich dafür aus, indem er darauf hinwies, daß in den Ausschüssen die Arbeiter mit den Unternehmern als gleichberechtigte Partei zusammenkommen, wodurch die alte Forderung auf Anerkennung der Gewerkschaften erfüllt, die Begrenzung der Arbeitsstunden vor der gesetzlichen Einführung des Achtstundentags und der Abschluß von Tarifen mit Mindestlöhnen und gleitenden Stufen möglich geworden seien. Folgedessen müsse der Vorstand, wenn die Unternehmer diese Einrichtung zu beseitigen trachteten, für ihre Erhaltung eintreten. Demgegenüber wurde eingewendet, daß die Einrichtung den Kampfgeist schwäche, günstig gestellte Berufsgruppen hindere, die Lage für sich auszunutzen. Die Aussprache fand ihren Schluß durch die — mit 80.000 gegen 30.000 Stimmen erfolgte — Annahme des Vorschlages des Berichterstatters. Damit glauben wir alle für den deutschen Leser interessierte Verhandlungsgegenstände des Kongresses erwähnt zu haben. L. P.

Die englische Aussperrung vor dem Ende

Am 2. Juni haben die 47 ausgesperrten Gewerkschaften der englischen Maschinenindustrie über die Bedingungen der Unternehmer abgestimmt. 99.000 Mitglieder haben mit Ja, 46.000 mit Nein gestimmt. Auf Grund dieses Ergebnisses sind die Vertreter der Gewerkschaften mit den Unternehmern in Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit eingetreten. Am dritten Pfingstfesttag sind diese Mitglieder in die Betriebe zurückgekehrt. Von den Gewerkschaften, die an der Abstimmung beteiligt waren, werden aber die Kesselschmiede und die Gießereiarbeiter noch im Ausstand verharren, weil sich deren Mitgliedschaft mit einem starken Mehr gegen die Bedingungen der Unternehmer ausgesprochen hat. Würde man deren Stimmenzahlen aus dem (oben angeführten) Gesamtergebnis nehmen, wäre die mit Ja stimmende Mehrheit noch beträchtlicher. Die Kesselschmiede und Gießereiarbeiter werden ihr weiteres Verhalten von dem Beschluß ihrer Vertreterversammlungen abhängig machen, die in der Woche nach Pfingsten stattfinden.

Die Hauptaufmerksamkeit ist jetzt den Maschinenbauern zugewendet. Ihre Konferenz vom 2. Juni beschloß, die neueren Bedingungen der Unternehmer der Mitgliedschaft sofort zur Entscheidung vorzulegen. Wenn man die in dieser Versammlung zutage getretene Stimmung der führenden Leute als Grundlage des Urteils nimmt, dann wird sich die Mitgliedschaft gleichfalls für die Annahme der Bedingungen, also für Beendigung des Ausstandes aussprechen. Es sind, um das Schicksal zu wenden, wilde Versuche gemacht worden, die Kampfbasis zu erweitern; der Vorstand ist indes rücksichtslos dagegen eingeschritten. Unter anderem hat er die Mehrheit des Schiedsgerichts Bestauschusses seines Amtes enthoben, weil sie die Leute aus Bestärkten, die nicht dem Unternehmerverband angehören, zum Streik aufrief. Der Antrag, die in der Kraftstationen beschäftigten Kollegen von der Arbeit abzurufen, hat wenig Anklang gefunden.

Für den 8. und 9. Juni sind allernächste Versammlungen der Maschinenbauer einberufen, um die Sachlage zu erörtern, worauf dann (am 12. Juni) die Urabstimmung stattfinden soll. Wenn das Ergebnis bescheiden ausfällt, was nach Lage der Dinge anzunehmen ist, so bleibt die Haltung der Gießereiarbeiter und der Kesselschmiede immer noch unentschieden. Angesichts der starken Mehrheit — 22.433 gegen 4195 —, die sich gegen die Vorschläge der Fabrikanten ausgesprochen hat, ist bei den Kesselschmieden die Weiterführung des Ausstandes nicht unwahrscheinlich.

Ich glaube nicht, daß du nicht siehst mitgezählt; die Weltzahl ist nicht voll, wenn deine Ziffer fehlt; die große Rechnung zwar ist ohne dich gemacht. Allein du selber bist in Rechnung mit gebracht. Ja, mitgerechnet ist auf dich in aller Weise; dein kleiner Ring greift ein in jene größten Kreise. Zum Guten, Schönen will vom Mangelhaften, Bösen die Welt erlöst sein, und du sollst sie milderlösen, vom Bösen mache dich, vom Mangelhaften frei; zur Güte und Schöne so der Welten trägtst du bei. Friedrich Rückert.

das, indem sich erwidert. Neuerdings werden auch Elektromotoren in Verbindung mit einer Akkumulatorenkategorie für diesen Zweck benutzt. Der Elektromotor ist unbedenklicher, am bequemsten zu bedienende, sich allen Verhältnissen am leichtesten anpassende Motor; er verursacht kein Geräusch, erzeugt keine lästigen Abgase und arbeitet ohne fernere gefährliche Brennstoffe. Die übliche Ausführungsform des elektrischen Hubmotors ist für 0,2 PS bemessen, was etwa der Leistung von zwei Hubzählern gleichkommt und genügt, um ein leichtes, mit zwei Personen besetztes Boot mit einer Geschwindigkeit von 7,5 Kilometer pro Stunde fortzubewegen. Das Gewicht dieses Motors beträgt 8 Kilogramm, das Gewicht des Getriebes mit Lochrotor Motor und Propeller etwa 4 Kilogramm, das Gewicht des Motors mit Verbindungselementen und Anschlußkabeln noch etwa 3 Kilogramm, so daß diese Kette zusammen bequem von einer Person getragen werden können. Die Batterie enthält 12 Elemente, was einer Betriebsspannung von 24 Volt entspricht. Des leichteren Transportes wegen werden je 6 Zellen in einem Holzkasten untergebracht. Das Gewicht eines Kastens beträgt 32 Kilogramm, das Gewicht der ganzen Batterie also 64 Kilogramm. Die Batterie kann unter Vorschaltung eines geeigneten Widerstandes mit unverschleißbaren Stedern, die die richtigen Polanschlüsse gewährleisten, an jedes Gleichstromnetz angeschlossen werden. Ist Wechselstrom zugegen, so gelingt auch dann die Aufladung, falls ein Wechselstromrichter eingeschaltet wird. Die Batterie bedarf während des Ladens keiner Wartung und braucht nur vom Netz abgetrennt zu werden, sobald die Zellen zu gasen beginnen (etwa nach 10 bis 12 Stunden). Der gesamte Energiebedarf beträgt sich auf 1/4 bis 1 Kilowattstunde für jede Fahrtstunde des Bootes.

Eine elektrotechnische Großfirma bringt neuerdings ein sehr nützliches, für die Holzbearbeitung geeignetes Universalwerkzeug heraus. Die gewöhnlich für die Tischlereien bestimmten Holzbearbei-

tungsmaschinen sind fast sämtlich nur für ganz besondere Zwecke gebaut und nur wenige derselben können für verschiedene Arbeiten gebraucht werden. Derartige Maschinen sind dann aber wieder groß und teuer. Es ist nun gelungen, die seit Jahren sehr erfolgreich benutzte elektrische Handbohrmaschine in eine äußerst brauchbare Holzbearbeitungsmaschine für die verschiedenartigsten Zwecke umzugestalten. Durch einfaches Singummontieren von mitgelieferten Einzelteilen wird es möglich, aus der Handbohrmaschine eine Gratfräse, Handkreiszäge, ortsfeste Kreisfräse, Fräsmaschine sowie eine Drehbank für Golddrehsägen herzustellen. Die kleinste Ausführungsform wiegt etwa 4 Kilogramm und schneidet Holz bis 8 Millimeter, während das größte Modell 12 Kilogramm Gewicht besitzt und für Bretter von 30 bis 40 Millimeter Stärke verwendet werden kann. Die neue Universalmaschine, die an jedes Beleuchtungsnetz (Gleich- oder Wechselstrom) anzuschließen ist, dürfte nicht nur für die kleineren Tischlereien von Wert sein, sondern auch für größere Betriebe, weil sie in diesen Betrieben als Handwerkzeug verwendet werden kann. Sie bildet auch ein wertvolles Hilfsmittel für Montearbeiten, wenn das in der Werkstatt Vorbereitete draußen an seinem Bestimmungsort eingebaut wird. Die Herstellung von Nuten mittels der Universalmaschine bedeutet eine große Reiterparnis gegenüber der Handarbeit; so konnte bei der Fabrikation von Büromöbeln mit vielen Zwischenböden eine Zeitersparnis von 75 v. H. festgestellt werden; mit Hilfe der zur Drehbank umgeänderten Maschine kann der Tischler Gefisse, Kassetten, Säulen, Stuhlfüße und dergleichen herstellen. Wird die Universalmaschine in vertikaler Lage an einem sonstartigen Tisch befestigt und in die Länge der Hobelbank eingestellt, so entsteht eine Fräsmaschine, welche die Herstellung von getheilten Lirastrahlen, Profilleisten, Rundstäben und dergleichen ermöglicht.

Seit der erstmaligen Einführung der elektrischen Widerstands-

bisher nicht in stande gewesen, zwei Metallteile von stark voneinander abweichender Querschnitten direkt auf elektrischem Wege zu verschweißen. Auch das Zusammenlöten verschiedenartiger Metalle mit stark auseinander liegenden Schmelzpunkten, wie zum Beispiel Messing und Stahl, blieb ein ungelöstes Problem. In England werden nun seit kurzem neuartige elektrische Schweißapparate mit viel Erfolg verwendet, um Metallteile, die sowohl hinsichtlich ihrer Größe als auch ihres Materials stark voneinander abweichen, in einer einzigen Operation automatisch miteinander zu verschweißen ohne Zuhilfenahme besonderer Elektroden, Flussmittel oder Schmelzdrähte. Wie verläuft, wurden die erwähnten Apparate während des Krieges vielfach dazu benutzt, um an den Schiffhüllen die kleinen Stiftdrahtschrauben festzumachen, welche zur Befestigung der Halter für Kabel und dergleichen dienten. Es wurde dabei so verfahren, daß man zwischen dem Bolzen und der Platte einen kräftigen, nur wenige Sekunden andauernden Lichtbogen überschlagen ließ und dann automatisch das geschmolzene Ende des Bolzens in das geschmolzene Metall der Platte hineindrückte. Eine andere Anwendung des neuartigen Verfahrens besteht darin, zwecks Herstellung von Schneidwerkzeugen kleine Stücker von Schnellstahl auf gewöhnlichem Kohlenstoffstahl aufzuschweißen. Die Schweißstellen zeichnen sich, wie durch ausführliche Versuche festgestellt wurde, durch große Festigkeit aus, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß die Schweißstelle völlig frei von Oxiden ist, doch ferner die Erhitzung nur auf die enge Stelle der Schweißung begrenzt bleibt und die zu verschweißenden Metalle sich gegenseitig durchdringen, wie dies aus der photographischen Vergrößerungen der Gefügebilder deutlich hervorgeht. Die neuen elektrischen Schweißapparate finden hauptsächlich im Schiffbau, beim Bau von Kranen, Baggern, Kesseln, Behältern, Luftschiffen usw. vorteilhafte Verwendung.

Reichskonferenz für die Karosserie- und Wagenbaubetriebe

Durch die besonderen Arbeitsverhältnisse in den Karosserie- und Wagenbaubetrieben, wo Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Sattler usw. in größerer Zahl tätig sind, war eine bessere Verständigung dieser Berufsuntereinander längst zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Die Einberufung einer Konferenz für alle in Wagenbau- und Karosseriebetrieben beschäftigten Arbeiter wurde von den beteiligten Verbänden im Vorjahr beschlossen, jedoch im Hinblick darauf, daß eine solche Konferenz nur von Erfolg sein kann, wenn Unterlagen vorhanden sind, die Aufnahme einer Statistik veranlassen.

Wie bei allen gemischten Industrien stieß die Erfassung und die Abgrenzung der einbezogenen Betriebe auf Schwierigkeiten. Solche zeigten sich auch bei der Bearbeitung der Statistik. Dazu kam, daß die Unterstützung der Funktionäre und Verwaltungen zu wünschen übrig ließ. Nur mit vieler Mühe gelang es, brauchbares Material zu erhalten. Das Ergebnis erscheint in Form einer Broschüre und wird den Verwaltungen und den interessierten Kollegen bald ausgestellt. Wir sind uns bewußt, daß die Statistik keine vollständige ist; die Mängel fallen der Wahrheit und Gleichgültigkeit der Kollegen zur Last.

Die Statistik umfaßt 277 Betriebe mit 19 737 Arbeitern und 1913 Angestellten. Nach Produktionsart getrennt, ergibt sich folgendes Bild:

Betriebe	Arbeiter	Angestellte
Keine Karosseriebetriebe	66	840
Karosserie- und Wagenbaubetriebe	86	5528
Keine Wagenbaubetriebe	96	2311
Sonstige Betriebe	20	1210
Betriebe ohne Angabe der Produktion	9	864
Zusammen	277	19737

Die Zusammenfassung der Arbeiterschaft nach Alter und Geschlecht gibt 85,6 v. H. Erwachsene, 1 v. H. Arbeiterinnen, 2,1 v. H. Jugendliche und 11,3 v. H. Lehrlinge. Es sind erfasst 46,1 v. H. Metallarbeiter, 28,1 v. H. Holzarbeiter, 11,8 v. H. Maler, 11 v. H. Sattler, 0,4 v. H. Hilfsarbeiter, 2,6 v. H. nicht festgestellter Berufe. Die Metallarbeiter sind also in der Mehrzahl.

Organisiert sind 17 127 Arbeiter, davon gewerkschaftlich 16 351, gegenwärtig 776. Das Organisationsverhältnis ist bei den Metallarbeitern kein zufriedenstellendes; es bedarf hier noch ernstlicher Arbeit.

Recht verschiedenartig gestaltet sich das Bild der Tarifverträge. Das gleiche gilt für die Löhne. Zum Teil sind die Holzarbeiter, Maler usw. den Tarifen der Metallarbeiter unterstellt, zum Teil sind für diese Berufe besondere Tarife vorhanden. Das führt zu manchen Mißbilligungen; das gleiche gilt für die Einreihung bestimmter Fachgruppen in die Tarifklassen. Viele Unzuträglichkeiten entstehen auch durch die Unklarheit.

Die Konferenz findet am 2. Juli in Berlin statt. Auf der Tagesordnung steht die Frage: Wie können wir gemeinsam die Interessen der in Karosserie- und Wagenbaubetrieben Beschäftigten wirksam vertreten?

Schon die wenigen oben genannten Punkte zeigen, daß die Konferenz schwerwiegende Fragen zu erledigen hat. Die Konferenz ist sehr wichtig für alle in Betracht kommenden Kollegen. Von Bedeutung ist die Konferenz auch durch die Teilnahme aller Organisationen, die eine größere Zahl von Mitgliedern in den Betrieben haben.

Wir ersuchen unsere Kollegen, vor dem Stattfinden der Konferenz noch ausgiebig in Versammlungen dazu Stellung zu nehmen. Die Wahl der Delegierten ist durch die Bezirksleitungen eingeleitet. Die Zahl der Delegierten muß aus naheliegenden Gründen beschränkt sein. Auf die Teilnehmerzahl kommt es auch nicht an. Treffer die Kollegen die richtige Wahl, so wird die Konferenz sicher recht nützliche Arbeit leisten zum Besten der in Karosserie- und Wagenbau Beschäftigten und der Arbeiterschaft im allgemeinen.

Anmerkung: Zu Nr. 20 der Holzarbeiter-Zeitung bespricht Genosse E. Fuhrmann das Ergebnis der Statistik und behauptet das Fehlen einzelner Orte weit namentlich Karosseriebau. Wir behaupten das Fehlen einiger Orte. Die von Sr. angeführten Orte sind jedoch erfasst. Genosse F. hat übersehen, daß die Zusammenfassung des Ergebnisses nach den Agitationsbezirken des DAB erfolgte. Die Bearbeitung aller Fragen nach Orten würde den Umfang der Arbeit über Gebühr beanspruchen und die Übersichtlichkeit verringern haben. In einer Schlußtafel sind alle erfassten Orte angegeben. Die Ansicht des Genossen F., „die Statistik habe nicht geklappt“ ist irrig. Soweit richtige Sektionsleitungen vorhanden waren, haben wir auch ungenügende Fragebogen erhalten. Es sind an 340 Orte 2000 Fragebogen versandt worden. Die Gelegenheit zur Ausfüllung war also gegeben und sie ist jedenfalls nur von denen versäumt worden, die entweder gleichgültig oder die der Meinung sind, mit Schimpfen auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ ihre Pflicht erfüllt zu haben.

Wir haben schon oft auf die Wichtigkeit dieses Standpunktes hingewiesen. Es muß immer wieder betont werden, daß der Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen eng verknüpft ist mit der tatsächlichen Erfassung der bestehenden Verhältnisse.

Klempnerbewegung in Selsingen

Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband war es möglich, mit den vereinigten Klempnervereinigungen des Selsingergebietes für den Monat Mai einen einseitigen Lohnvertrag zu schließen. Für einige kleinere Orte, wie Buer, Wanne, sollte der Lohn 10 v. H. niedriger sein als für die Großstädte. Man sollte nun ohne weiteres annehmen können, daß sich die Klempnervereinigungen ebenfalls dem Einvernehmen, die für Essen, Duisburg, Dortmund, Bochum, Gumbach, Gattingen, Gerne und Oberhausen festgelegt wurden, anschließen hätte. Aber weit gefehlt! Die Selsingervereinigungen befinden sich darauf, daß für Selsingen 10 v. H. weniger bezahlt werden möchte. Das haben die Kollegen kategorisch abgelehnt, da die Lohnverhältnisse in Selsingen zum mindesten dieselben sind, aber auch in allen übrigen Orten Selsingens in die höchste Klasse eingereiht ist. Die Kollegen haben daraufhin ihr Arbeitsverbot ausgesetzt und es unangelegentlich Arbeit angenommen.

Es ist nun Pflicht der übrigen Selsinger aus Selsingen, ebenfalls Selsingen so lange zu meiden, bis die Selsingervereinigungen von ihrem unabhängigen Standpunkt abgehen.

Bleibt der Arbeiterpresse treu!

Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft wird täglich trostloser. Einzig zeigen die Kurse für das Lebensmittel und es wird immer schwieriger, ein halbwegs menschenwürdiges Dasein zu führen. Die Löhne und Gehaltsempfänger werden höhere Forderungen stellen müssen, denn nur natürlich das Unternehmertum entgegenkommen. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden in Zukunft immer härter werden und größere Anstrengungen erfordern.

Bei diesem Mangel bedarf die Arbeiterschaft unbedingt einer gewissen Hilfe, und das ist die Arbeiterpresse. Jeder Arbeiter wird wissen, daß die Arbeitervereinigungen keine Unternehmungen sind, die auf das Gewinnen abzielen. Sie sind, und das ist es, was sie ausmacht, ihren Lesern die Zeitung möglichst billig ins Haus zu bringen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß der Preis, den die Arbeiterpresse kostet, nicht von Gewinnstreben diktiert ist, sondern es ist der Preis, der eben noch das Bestehen der Zeitung in dieser trüben Zeit ermöglicht.

Es muß der Bezugspreis zu hoch? Zur Beachtung ein kleines Beispiel: Eine regelmäßige Zeitung kostet heute nur wenige Cent. Der Bezugspreis beträgt 10 Cent. Das ist ein Preis, den jeder Arbeiter zahlen kann. Wenn die Zeitung noch 10 Cent monatlich kostet, muß er 2 Stunden im Monat arbeiten, um den Bezugspreis zahlen zu können. Bei einem heutigen Stundenlohn braucht er nur noch 1 1/2 Stunden, um diese Ausgabe zu decken. Eine solche Ausgabe kann jeder Kollege selbst beliebig einstellen, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß die Erhaltung des Bezugspreises im Verhältnis zur

allgemeinen Aufwärtsbewegung der Preise sich seit der Vorkriegszeit in den niedrigsten Grenzen gehalten hat.

Woher rührt nun die Not der Presse und im besonderen die der Arbeiterpresse? In erster Linie von den wachsenden hohen Preisen, die die Erzeuger von Druckpapier für ihre Produkte fordern. Die Königlich-Preussische Zeitung hat sich erlaubt, einen Artikel über Papiererzeuger zu veröffentlichen. Das hat den Zorn des Verbandes deutscher Druckpapierfabrikanten erregt. Er beschloß, gegen die Königlich-Preussische Zeitung eine Dieferrücke zu verhängen. Aber damit nicht genug, gehen auch noch gewaltige Mengen Zeitungsdrukpapier ins Ausland, dadurch die Papiernot noch vergrößert. Im Allgemeinen Anzeiger für Druckereien war zu lesen:

Während sich die deutsche Presse in größter Papiernot befindet und oft an einem Tage nicht sicher ist, ob sie am darauffolgenden Tage erscheinen kann, sind nach der jetzt vorliegenden amtlichen Statistik für die Monate September bis Oktober v. J. in dieser Zeit rund 275 000 Doppelzeiner Druckpapier im Werte von rund 180 Millionen Mark ins Ausland verkauft worden, zum größten Teil nach Nord- und Südamerika. Aber auch Italien, Großbritannien und die Niederlande haben eine erhebliche Menge deutschen Druckpapiers bezogen. ... Die viel Druckpapier unter anderen Bezeichnungen und aus dem besetzten Gebiet hinausgeschmuggelt worden ist, ist der deutschen Presse leider nicht bekannt.

Gar zu leicht gibt die Steigerung des Bezugspreises Veranlassung, die Arbeiterpresse abzugeben. Es wird nicht berücksichtigt, daß die Arbeiterpresse von der raschen Preissteigerung aller Druckereimaterialien am härtesten betroffen wird, da nicht, wie bei den großen kapitalistischen Zeitungen, Kapitalien zur Verfügung stehen. Dadurch, daß das Großkapital die gesamte Papierindustrie in Händen hat, daß es alle weiteren, für die Presse wichtigen Dinge fast unerschwinglich verteuert, bedroht es ein überaus wichtiges Kampfmittel der organisierten Arbeiter, ihre Presse.

Den größten Fehler jedoch, den ein Kollege begehen kann, ist der, die eigene Presse, seine geistige Waffe in dieser schweren Zeit, aus dem Hause zu bannen und statt deren ein bürgerlich-kapitalistisches Blatt zu nehmen. Er schwächt seine eigene Lage und stärkt die seiner Gegner, denn den bürgerlichen Zeitungen kommt es auf den kapitalistischen Geist, auf die kapitalistische Beeinflussung der Massen an.

Wenn auch die und da eine bürgerliche Zeitung infolge der geschilderten Notlage eingeht, so bedeutet das nur, daß sich die kapitalistische Großpresse desto erfolgreicher durchsetzt. Die Vernichtung kleiner bürgerlicher Blätter hat nur zur Folge, daß die großen kapitalistischen um so sicherer von der Stimmlosen Pressezentrale beeinflusst und auf Kosten der kleinen Blätter noch stärker und kapitalistischer werden. Das Eingehen einer sozialistischen Zeitung bedeutet einen Machtzuwachs für das Kapital und die Reaktion. Darum, Kollegen, laßt die Arbeiterpresse, laßt euch nicht dazu verleiten, dem Kapital Vorspanndienste zu leisten. Halte der Arbeiterpresse die Treue!

Geld freundlich mit dem Beitragskassier

Wiederum befaßte sich der Beirat unseres Verbandes mit der Erhöhung der Unterhaltungen und der Verbandsbeiträge. Endlich hat er sich durchgerungen, die Beiträge in ein Verhältnis zu den Löhnen zu bringen, indem er zwei Klassen mehr schuf. Daß diese Beitragserhöhung notwendig ist, wird von den Kollegen im Lande keiner bestreiten können; es ist nur zu behaupten, daß der erweiterte Beirat nicht schon von der 15. Woche ab auf diesen Gedanken gekommen ist und von da ab die Beiträge erhöht, statt einer Extrabeitrag zu heben. Es hätten sich dann nicht so viele Kollegen von den Extrabeiträgen drücken können. Einfach ab 15. Woche ist der Pflichtbeitrag in der I. Klasse 15 M., in der II. Klasse 9 M. und in der III. Klasse 3 M. Dadurch wäre viel mehr Geld in die Kasse gekommen und der Beitrag bräuhete jetzt (in der I. Klasse) nicht von 11 auf 20 M. erhöht zu werden. Weiter möchte ich noch auf einige Mißlichkeiten hinweisen, die das Kassieren von Beiträgen nach erfolgter Beitragserhöhung zur Unzuträglichkeit macht. Sie entsteht hauptsächlich durch jene Mitglieder, die sich nie Zeit zum Besuche von Versammlungen, gleich welcher Art sie sind, nehmen. Sind Lohnverhandlungen im Gange, so wird natürlich der Vertrauensmann bestimmt und eingehend nach dem Stand der Dinge gefragt. Ist ein einigermaßen gutes Resultat erzielt worden, dann beginnt jeder einzelne eifrig zu rechnen. Kommt dann aber der Beitragskassierer und will von den die Versammlungen nicht besuchenden Mitgliedern die erhöhten Beiträge einlassen, dann bekommt er leider auch manchmal zu hören: „Ihr schlagt ja schon wieder auf! Soagt mal erst für höhere Löhne, ich habe ja doch nichts vom Verband.“ Mit jedem Monat steigen notgedrungen die Löhne. Wer muß sie erkämpfen? Doch nur die Organisation. Wer sorgt für Urlaub? Wer sorgt für günstige Löhne? Wenn man dies alles bedachte und wohlweislich überlegte, könnte es gar nicht vorkommen, daß Kollegen dem Beitragskassierer unfeindlich entgegenkommen.

Mit jeder Lohnverhandlung gehen automatisch die Steuerabgabe in die Höhe. Dagegen hat sich bis jetzt noch niemand aktiv geäußert. So muß es auch bei der Bezahlung der Verbandsbeiträge werden. Darum, Kollegen und Kollegen, beherzigt meine Worte und denkt daran, daß auch der Verbandskassierer euer bester Diener ist, der die Mittel zum Kampf für die Verbesserung eures Einkommens zusammenträgt. Erleichtert ihm sein schweres Amt. Es wird niemals euer Schaden sein. A. Deibel (Kaiserslautern).

Eingegangene Schriften

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Gewerkschaftliche von Dr. Siegfried Rehrig. 135 S. Brosch. 12 M., geb. 22 M. — Das Werk gibt eine in sich abgeschlossene theoretische Untersuchung über das Wesen und Wirken der Gewerkschaften, wie sie in so klarer, anschaulicher Weise nur von jemand geschrieben werden konnte, der wie der Verfasser ein glänzender Kenner der gewerkschaftlichen Bewegung ist. Das Buch zerfällt in vier Abschnitte: Grundbegriffe — Ziele gewerkschaftlichen Strebens — Mittel und Wege gewerkschaftlichen Kampfes — Organisations- und Verfassungsjahren. Vom Wesen und Wirken der Gewerkschaften wird heute ein jeder befaßt, so daß man diese gediegene Einführung in die Gewerkschaft allen, die für die sozialen Bewegungen der Zeit Interesse haben, zum ersten Einblin empfehlen kann. — **Kampfgewerkschaften** von Prof. Dr. Robert Hilferding. (Gemeinschaftsbücher, Heft 3.) Brosch. 10 M., geb. 12 M. — Bei allen Klagen zum Aufbau einer Gemeinwirtschaft steht die Errichtung von Konsumgenossenschaften im Vordergrund aller Erwägungen. Der bekannte Leipziger Volkswirtschaftler ist einer der eifrigsten Befürworter dieser Idee, für welche er mit der vorliegenden Schrift in einklangvoller, wissenschaftlich begründeter Weise tritt. Das Buch gibt einen klaren Überblick über Entstehung und Entwicklung von Konsumgenossenschaften im In- und Ausland, über ihre Wesen und ihre Bedeutung in sozialpolitischen, volkswirtschaftlichen und rechtlichen Hinsicht. Auch an den trüben Verhältnissen, an den Grenzen der Ausbreitung und der Möglichkeiten der Ausbreitung geht Hilferding eingehend nicht vorbei. Das Buch ist ein Mustergeschäft zu beherzigen Leset, es gibt die Lehre einer neuen Weltanschauung, es zeigt den Weg, der aus dem Zustand der Lohnabhängigkeit heraus zur Gemeinwirtschaft führt, in der allein das Ziel für die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten zu finden ist. — Beide Schriften erschienen im Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Gut. Franz Mittelbach), Stuttgart.

Werkstoffliche Zusammenfassung. Von Generaldirektor F. G. 4 und 5. Auflage. Preis 45 M. einzeln. Zusammenfassung. Verlagsbuchhandlung Dr. Max Junfermann, Leipzig. — Diese Zusammenfassung zeichnet sich durch sorgfältige Ausarbeitung und übersichtliche Anordnung der Zusammenfassung aus; abschließend ist bei der Zusammenfassung des Lehrzweckes und höherer wissenschaftlicher Lehrzwecke berücksichtigt worden, um den Benutzer zum Weiterstudium anzuregen und auch weitergehende Anträge zu befriedigen. Die rasche Folge der Auflagen beweist am besten, daß das Buch sich in der Praxis bewährt hat.

Kommentar zum Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung und Ausführungsbestimmungen von Dr. Fritz Ester-Somlo, Professor an der Universität in Köln. 2. Auflage. — Gesetz über die Betriebsräte und die Betriebs- und Verlautbarung. Systematisch dargestellt von Dr. Fritz Ester-Somlo. 2. verbesserte Auflage. Festschrift der Buchhandlung, Verlag Berlin W. 62, Kettelbeckstr. 21. Geld und Wälu. Eine Untersuchung über die Probleme der inneren und äußeren Selbstverwaltung. Von Alfred Braunschweig. — Jeder Arbeiter, Angestellter und Beamte, der sich das Verständnis für die wichtigsten Tagesfragen — Geld — Wälu — Steuerkampf — verschaffen will, muß diese Broschüre lesen. Preis 7 M. pro Exemplar (ohne Porto). Zu beziehen vom Gewerkschaftsbüro Leipzig, Zeilstr. 32, Postfachkonto Leipzig 65 139. Lieferung nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 18. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juni 1922 fällig.

Der erweiterte Beirat hat in seiner Sitzung vom 26. und 27. Mai der Geldentwertung entsprechend eine Erhöhung der Beiträge und Unterhaltungsätze beschlossen. Ihre Höhe ist an anderer Stelle dieser Nummer zu erfahren.

Von den in Arbeit stehenden Mitgliedern werden für die Zeit vom 9. April (15. Beitragswoche) bis 10. Juni (einziglich 23. Beitragswoche) Extrabeiträge für die Hauptklasse in der Höhe des geltenden Wochenbeitrags erhoben, so daß doppelte Wochenbeiträge zum Einzug kommen.

Es sind also 4 Doppel-Beitragsmarken (15. bis 18. Woche) zu den alten Beitragsmarken und 5 Doppel-Beitragsmarken (19. bis 23. Woche) des von der 19. Beitragswoche an geltenden Beitrags zu verwenden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragsperiode
	I	II	III	
Mosk.	400	200	100	24. Beitragswoche
Waldrohe	200	200	50	19.
Sindorf	400	800	100	24.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Abreisende Mitglieder werden dringend ersucht, bei der zuständigen Verwaltung vor der Abreise ihre Abmeldung zu vollziehen unter Vorlage ihres Mitgliedsbuchs. Siehe auch § 5 Abs. 8 des Statuts. Die Mitglieder, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, schaden sich selbst. Keine Ortsverwaltung darf die Abmeldung von Mitgliedern annehmen, die die Abmeldung nicht in ihrem Mitgliedsbuch eingetragen haben.

Allein schon im Hinblick auf die hohen Vorkosten, die dem Mitglied durch die Ein- und Versendung des Buchs erwachsen, ist vorherige Abmeldung geboten. Für einen geregelten Geschäftsbetrieb ist die vorherige Abmeldung unerlässlich.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 29 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Wm/a. D.: Der Goldschmied Carl Fester, geb. am 10. November 1901 zu Horschheim, Mitgliedsbuch Nr. 4724617, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Zurückgenommen wird der Ausschluß des Metallarbeiters Franz Schinowski, geboren am 30. Dezember 1873 zu Gasse, Mitgliedsbuch Nr. 422506. (22. 22)

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Richter Otto Clemens, geb. am 27. Juli 1882 zu Spandau, Mitgliedsbuch Nr. 9876908, wegen Streikbruch; der Bandschneider Robert Ziemle, geb. am 18. Dezember 1894 zu Johanneshof, Mitgliedsbuch Nr. 4498742, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Marburg: Der Mechaniker Heinrich Kraft, geb. am 4. Juni 1901 zu Gleßen, Mitgliedsbuch Nr. 4084866, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle München-Grabbach: Der Metallarbeiter Fritz Vater, geb. am 17. Januar 1899 zu Dorf, Mitgliedsbuch Nr. 9024640, wegen Unterschlagung.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zutug ist fernzubalten:

von Feilenhauern und Schleifern nach München (Rohl & Co.) St.; nach Staffort (Friedrich Kluge) M.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.; von Heizungsmonteurern nach Aachen (Ja. Wichterich und Aachener Maschinenbau) St.; nach Biederscheid L.; von Klempnern nach Gwernin St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen L.; nach Chemnitz (Svoboda & Co., Metallschrauben, Werkzeugmaschinenfabrik und Fassonbereiter) D.; nach Frankfurt; nach Luxemburg L.; nach Neustadt a. Harz (H. Franz, Autoreparaturwerkstätte) D.; nach Osnabrück (alle Orte des Bez. Osnabrück) St.; nach Rumänien L.; von Holzwerkstoffarbeitern nach Rombach i. Roth. St. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; W. = Mißbilligung; A. = Auslieferung. Arbeitstunende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Entündigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufüllen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugewiesen gehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen. Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Anzeigen

Gewerkschaften betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Schriftleitung, sondern an das zuständige Geschäft, Anzeigenauftrag oder das nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung, zu richten.)
Drahtweber für seine Gewebe sofort gesucht.
Schling. Feilenhauer (Handl.) a. große Feilen gesucht (Rieschfeld, Paris).
Formen stellt sofort ein.
Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.